



## Stellungnahme zur geplanten Luftverkehrsabgabe im Rahmen des Sparpakets der Bundesregierung

Die Bundesregierung schlägt eine „ökologische Luftverkehrsabgabe“ als Maßnahme in ihrem Sparpaket vor. In einem Eckpunktepapier der Bundesregierung heißt es, die Gebühr soll für alle Passagiere erhoben werden, die von einem deutschen Flughafen starten. Für die Umsetzung ist eine differenzierte Ausgestaltung nach Kriterien wie Preis, Lärm und Energieverbrauch geplant. Hintergrund ist die Behauptung der Bundesregierung dass im Flugverkehr "verstärkte Anreize für umweltgerechtes Verhalten nötig" seien.

Eine solche Abgabe ist für die Mitglieder der Initiative „Luftverkehr für Deutschland nicht nachvollziehbar und stößt auf großes Unverständnis.

Die deutsche Luftverkehrswirtschaft begrüßt ausdrücklich die eindeutige Positionierung der Bundesregierung im Koalitionsvertrag, bei der Einführung des Emissionshandels im Luftverkehr Wettbewerbsneutralität sicherzustellen. Durch die geplante einseitige Luftverkehrsabgabe verletzt die Bundesregierung diese selbst auferlegte Wettbewerbsneutralität in eklatanter Weise, da die deutschen Luftverkehrsunternehmen und Flughäfen in vielfacher Weise benachteiligt werden. Neben den Wettbewerbsverzerrungen, die sich allein schon durch den geographischen Geltungsbereich (es sollen nur in Deutschland startende Passagiere belastet werden) ergeben, ist ein Ausweichen der Luftverkehrsnachfrage auf Flughäfen außerhalb Deutschlands zu erwarten.

Der ökologische Aspekt ist bereits durch die lärm- und emissionsabhängige Komponente in der Entgeltsstruktur seit vielen Jahren berücksichtigt und abgebildet. Alleine zum Schutz vor Fluglärm investierte die deutsche Luftverkehrswirtschaft bis heute ca. 470 Mio. Euro für passiven Schallschutz und wird auch zukünftig weiter investieren.

Bei der angestrebten Maßnahme entsteht der Eindruck, dass es sich, entgegen des angegebenen ökologischen Hintergrundes, um ein Instrument zur Bundeshaushaltskonsolidierung handelt.

„Der Luftverkehr trägt seine Wegekosten selbst. Er finanziert die Investitionsvorhaben der Branche privatwirtschaftlich und verzichtet somit - im Gegensatz zu anderen Branchen - auf staatliche Hilfen. Die deutsche Luftverkehrswirtschaft will bis 2020 rund 20 Mrd. Euro an den deutschen Flughäfen und weitere 20 Mrd. Euro in modernstes Fluggerät investieren. Dieses privatwirtschaftliche Konjunkturprogramm kann allerdings nur dann geschultert werden, wenn keine weiteren Belastungen auf die Branche zukommen.

Neben den noch anhaltenden Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Luftverkehrsbranche in Deutschland durch die Vulkanasche einen weiteren hohen wirtschaftlichen Schaden erlitten. Allein die mehrtägig andauernde Luftraumsperrung hat gezeigt, welche Bedeutung ein funktionierender und leistungsfähiger Luftverkehr für die deutsche Volkswirtschaft hat.

Mit der geplanten Luftverkehrsabgabe wird die Exportnation Deutschland an ihrer sensibelsten Stelle geschwächt. Eine solche einseitige nationale Belastung birgt erhebliche Nachteile für deutsche Branchenteilnehmer gegenüber internationalen Wettbewerbern sowie gegenüber anderen Verkehrsträgern.

Das Beispiel der Einführung einer Departure-Tax in den Niederlanden im Sommer 2008 hat gezeigt, dass die einseitige Einführung von Abgaben einem Luftverkehrsstandort deutlich schaden kann. Durch diese Abgabe verlor Amsterdam bspw. rund 10% des Verkehrs an das benachbarte Ausland. Die gesamtwirtschaftliche Negativwirkung (Verlust von 1,3 Mrd. Euro) übertraf die erhofften staatlichen Mehreinnahmen (350 Mio. Euro) sogar um das 3,6 fache. Unabhängige Untersuchungen wiesen nach, dass die Einführung einer Departure-Tax für den niederländischen Staat unter Berücksichtigung aller Sekundär- und Tertiäreffekte damit sogar zu einem Nullsummenspiel wurde, denn einem Steuerausfall von 150-280 Mio. Euro standen Departure-Tax-Einnahmen in Höhe von nur 260 Mio. Euro gegenüber. Aus diesem Grund haben die Niederlande im Juli 2009 die Steuer wieder zurückgenommen, da diese zu massiven volkswirtschaftlichen Schäden, insbesondere durch Abwanderung der Passagier- und Verkehrsströme führte. Gleiches droht nun Deutschland.

Die Initiative „Luftverkehr für Deutschland“ setzt sich für faire und international vergleichbare Rahmenbedingungen in allen Bereichen ein. Ziel muss es sein, den Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb zu stärken und nicht durch einseitige Belastungen zu schwächen.